

Hermann Patzak

Globalisierung: Der Imperialismus im neuen Gewande

Ziele, Wege und volkswirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung aus nationaler und deutscher Sicht

Das Werk der Globalisierung in Deutschland

Es ist nicht neu und nicht das erste Mal, daß internationale Großkonzerne und Kapitalanleger Deutschland als hervorragenden Wirtschaftsstandort für ihre Ziele der Gewinnmaximierung ausgemacht haben: 1928 übernahm General Motors, der weltgrößte Automobilproduzent die Adam Opel Werke in Rüsselsheim. 1931 begann der zweitgrößte Automobilproduzent – die amerikanischen Ford-Werke – seine Produktion in Köln. Doch die heutigen Aufkäufe und Eroberungen deutscher Unternehmen durch die internationalen Konzerne und Finanzinvestoren haben eine neue Dimension und einen neuen Charakter erhalten. Während in den früheren Jahren durch die Aufkäufe die Produktion noch gesteigert wurde und Arbeitsplätze ausgebaut oder zumindest erhalten wurden, vernichten die globalen Übernahmen in unserer Zeit Arbeitsplätze und volkswirtschaftliches Vermögen in ungeheurem Ausmaß.

Markante Meilensteine solcher Eroberungen in Deutschland waren in den letzten Jahren:

- Aufkauf und Zerschlagung der Leuna-Werke in Mitteldeutschland mit aktiver Assistenz durch die deutsche Regierung Kohl;
- Aufkauf und Ausschlachtung der Mannesmann-AG durch den englisch-amerikanischen Telefonkonzern Vodafone, mit wohlwollender Duldung durch die rotgrüne Regierung des Kanzlers Schröder;
- Die Zerschlagung der Höchst-AG in Frankfurt, die zu den drei größten Chemiekonzernen der Welt zählte. Die letzten Aufräumarbeiten dieser Vernichtungsaktion gingen in diesem Jahr über die Bühne. Es sind dies die feindliche Übernahme der Aventis AG, welche die Pharma-Produktpalette der Höchst-AG übernommen hatte, durch die französische Firma Sanofi und der Aufkauf der verbliebenen Höchst-Chemiesparte mit Firmennamen Celanese durch den amerikanischen Finanzinvestor Blackstone.

Das gemeinsame Ergebnis dieser Unternehmenszerschlagungen ist **die Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen, die Abgabe des in Generationen erarbeiteten volkswirtschaftlichen Produktivvermögens an internationale Kapitalspekulanten und letztendlich der langfristig absehbare Abzug von Forschung und technischer Entwicklung aus Deutschland**, dessen Regierung das ihm anvertraute Volk einer Zukunft zunehmender Fellschisierung preisgibt, denn die nächsten Vernichtungsaktionen des Globalkapitals sind bereits vorprogrammiert:

- Die großen Bankhäuser und Versicherungen Deutschlands sind in das Visier internationaler Gewinn- und Kapitalspekulanten geraten. Dazu zählen insbesondere die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die HBV (Hypotheken-Vereinsbank), die Commerzbank und die Allianz -Versicherung AG.

- Eine feindliche Übernahme der DaimlerChrysler AG ist nach den strategischen Fehlinvestitionen bei Chrysler und Mitsubishi, den damit verbundenen Milliarden-Verlusten und dem daraus folgenden Börsentiefstand der Daimler-Aktien nicht mehr auszuschließen.
- Und auch das „Nachkriegswunder“ Volkswagen-AG muß wegen strategischer Managementfehler Verluste wegstecken und sucht verzweifelt Kapitalbeteiligungen ohne die Geschäftsführungskompetenz aufgeben oder einschränken zu müssen.¹ Genau so hatte es auch bei Höchst und Mannesmann einmal angefangen und das allseits bekannte Ende eingeläutet.

Das sind nur die „großen Fische“ aus dem Teich der deutschen Volkswirtschaft, die in die Fänge des internationalen Kapitals geraten sind, bzw. auf die in der nächsten Zeit Jagd gemacht wird. Doch auch die „kleineren Aufkäufe“ über die die Presse nicht so spektakulär berichtet, sind wegen ihrer Vielzahl nicht von geringerer volkswirtschaftlicher Bedeutung. An dieser Stelle seien beispielhaft genannt: Wella (Kosmetik), aufgekauft durch Procter & Gamble (USA); Spaten-Franziskaner Brauerei, aufgekauft durch Interbrew (Belgien); Holsten Brauerei, aufgekauft durch Carlsberg (Dänemark). Die Liste könnte beliebig erweitert werden. Auffallend ist, daß die Aufkäufe durch amerikanische Investoren in Europa im Jahr 2003 mit einem Gesamtwert von 74,5 Mrd². Dollar rund sechsmal so groß waren als umgekehrt die Aufkäufe europäischer Firmen in den USA.

Ein Ende des Vernichtungsfeldzuges von Arbeitsplätzen und Produktivvermögen durch das Globalkapital ist nicht absehbar. Die Sparte der Investmentbanker, die die Firmenaufkäufe abwickeln, erwartet für das Jahr 2004 einen erneuten Anstieg der Firmenaufkäufe. Es steht außer Frage, daß die Politik weltweit – nicht nur die deutsche – dieser Entwicklung Einhalt gebieten müßte, um den vorhersehbaren ökonomischen und politischen Zusammenbruch zu verhindern.

Doch diese Einsicht ist von den Inhabern der politischen Macht heute nicht zu erwarten. Sie fragen nicht nach den Ursachen und Hintergründen der Globalisierung, obwohl es gerade diese Entwicklung ist, die alle krampfhaften Bemühungen der staatlichen Arbeitslosenbekämpfung zunichte macht. Über die Motive der Einsichtsverweigerung durch die machthabende Politiker Klasse darf spekuliert werden.

Wir wollen die Wege und Auswirkungen der Globalisierung genauer betrachten.

- 1 Die Wirtschaftswelt hat sich in den letzten 50 Jahren grundlegend gewandelt.

Der technische Fortschritt hat uns in den letzten Jahrzehnten einen noch nie dagewesenen materiellen Wohlstand verschafft. Wir verfügen heute über Güter und Leistungen, die unser Leben bequem und angenehm machen und wir haben auch die zusätzliche

¹ Das Wüsten-Emirat Abu Dhabi wollte sich an VW mit 10% beteiligen und wäre damit nach dem Land Niedersachsen der 2. größte Aktionär bei VW. (FAZ vom 23.4.2004, Nr. 95 / Seite 13). Das Projekt ist gescheitert, weil der Börsenkurs von VW seit April um über 20% gefallen war und Abu Dhabi im September nur den niedrigeren Kurs zu zahlen bereit war, was einer Einsparung von 300 Millionen Euro entsprochen hätte. Vgl. FAZ 16.09.2004, Nr. 216 / Seite 11

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.1.2004, Seite 17

Freizeit, die reichlich vorhandenen Konsumgüter zu nutzen. Das alles verdanken wir der technischen Entwicklung einer stetig wachsenden Wirtschaft.

Doch das Wirtschaftsleben und die Arbeitswelt haben sich auch grundlegend gewandelt. Wir erkennen nach und nach einige Schattenseiten der Entwicklung und es stellt sich die Frage, ob es überhaupt und in alle Zukunft so weitergehen kann und ob wir unseren materiellen Reichtum nicht viel zu teuer bezahlen müssen?

Schauen wir etwas genauer hin – was hat sich geändert?

Das Selbstverständnis eines fürsorgenden, sozial verantwortlichen deutschen Unternehmers wurde ersetzt durch die amerikanische Maxime, die da heißt: **Hire and fire bei steigenden Gewinnen und sinkenden Kosten!**

Die Betriebseigentümer, man sprach früher von Fabrikanten, sahen in der Bereitstellung von Arbeiterwohnungen und ganzer Arbeitersiedlungen zu günstigen Werksmieten eine selbstverständliche soziale Aufgabe. Selbst die kleinen Betriebe, z.B. die Glashütten im Bayerischen Wald entzogen sich dieser Verpflichtung nicht!

Im Regensburger Vorort Schwabelweis z.B. gab es 1948 zwei bedeutende Fabriken: Die Holzverzuckerung – später Maizena-Werke und das Kalkwerk Funk. Beide hatten für ihre Arbeiter und Angestellten solche vergünstigten Wohngelegenheiten zur Verfügung gestellt, man sprach von den sogenannten Funkhäusern und der Maizena-Siedlung. Die Fabrikgebäude der Firma Maizena wurden Ende der 50iger Jahre von der aus Dresden stammenden deutschen Chemiefabrik Heyden übernommen – auch die meisten Arbeitsplätze. In den 60iger Jahren ging diese deutsche Firma an den US-Pharmakonzern Bristol-Meyer Squibb über. Dieser verkaufte als erstes alle Siedlungshäuser (12–14 Doppelhäuser) produzierte einige wenige Jahre an dem Standort Schwabelweis und stellte nach geraumer Zeit über Nacht die Produktion ein und entließ sämtliche Arbeiter. Arbeiter, deren Väter und Großväter schon in dem Werk gearbeitet hatten und ihren Teil dazu beigetragen hatten, ein erhebliches Produktivvermögen anzuhäufen, das ja schließlich auch die US-Amerikaner angelockt hatte.

Das Beispiel zeigt eindrucksvoll die **Vorgehensweise des globalisierenden Kapitals: Aufkaufen, verwerten, ausschachten, verkaufen – Zelte abbrechen**. Das ist modernes Nomadentum, das Nomadentum des modernen Kapitalismus, der Globalisierung.

Auch die deutschen Unternehmen haben den Trend der Zeit erkannt und sich der Entwicklung angeschlossen.

Als typisches Beispiel sei die Firma **Siemens** genannt. Dieser Weltkonzern war seit jeher für seine Fürsorglichkeit gegenüber seinen Arbeitern und Angestellten bekannt. Man sprach von der sogenannten Siemens-Familie. Doch Siemens hat sein Unternehmensleitbild, seine Unternehmenskultur den Verhältnissen angepaßt und unterscheidet sich in keiner Weise mehr in seiner Firmen- und Personalpolitik von den amerikanischen Firmen vom Typ IBM, deren Unternehmensleitbild lautet: „WIN...EXECUTE...TEAM“. Dieser Leitspruch läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Wer diese Entwicklung miterlebt hat, der muß sich fragen: Wie konnte es dazu überhaupt kommen und wie soll das weitergehen?

2 Wie ist es zu dieser Entwicklung in Deutschland gekommen?

In den Jahren des sogenannten Wirtschaftswunders wies Westdeutschland enorme jährliche Wachstumsraten auf. Das bei den Deutschen vorhandene technische, wissenschaftliche und handwerkliche Wissen, die mentale Einstellung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration zu Leistung und Arbeit und der durch den Krieg erzwungene Nachholbedarf bei den Konsumgütern vermischten sich zu einem Kraftakt, den diesen geschundenen Menschen niemand zugetraut hätte.

2.1 Exportüberschüsse – arbeiten für andere

Es dauerte nicht lange und man produzierte sogar mehr als man in Deutschland selbst brauchen konnte, man produzierte Exportüberschüsse und das permanent, Jahr für Jahr. Das geht jetzt im Jahre 2004 schon über ein halbes Jahrhundert! Mehr zu produzieren als man selbst brauchen kann, hat ökonomisch nur dann einen Sinn, wenn es auch Jahre gibt, in denen man weniger produziert, um mit den zuvor erbrachten Exportüberschüssen danach Importüberschüsse zu bezahlen und andere Länder mehr arbeiten zu lassen. Doch dazu ist es in Deutschland seit einem halben Jahrhundert nicht mehr gekommen. Daß es demgegenüber immer Länder gegeben hat und gibt, die permanent Leistungsbilanzdefizite einfahren, z.B. die USA, und dafür ökonomisch nicht zur Kasse gebeten werden, ist ein sehr interessantes Phänomen, dessen Ursachen aufzudecken natürlich von großer Bedeutung wäre. Daß diese Aufklärung in der medialen und wissenschaftlichen wirtschaftspolitischen Diskussion nicht erfolgt, wirft ein viel-sagendes Schlaglicht auf die Klasse der meinungsmachenden Elite dieser Republik.

*

Es steht außer Frage, daß die Exportindustrie bei den Exportüberschüssen ihre Profite macht, nicht aber der übrige Teil der Bevölkerung des Exportüberschußlandes. Im Gegenteil.

Der Inlandswert des Geldes kommt durch die sogenannte importierte Inflation in Gefahr, denn den nicht vorhandenen exportierten Gütern steht die Nachfrage der in die Inlandswährung umgetauschten Auslandsdevisen gegenüber.

2.2 Ausländerimport, um Exportüberschüsse zu produzieren

Um die im Inland gar nicht benötigten Exportüberschußgüter produzieren zu können, brauchte man in Westdeutschland alsbald zusätzliche Arbeiter. Als nach dem Mauerbau am 13. August 1961 der Eiserne Vorhang den Zustrom zusätzlicher Arbeiter aus der DDR völlig versiegen ließ, begann man, die notwendigen Arbeitskräfte aus anderen Ländern zu holen. Und der Zustrom nahm kein Ende – bis heute! Es ist absehbar, daß er im Gefolge des EU-Beitritts der osteuropäischen Länder ein weiteres Mal anschwellen wird. Das kam und kommt aber den Politideologen entgegen, die das Deutsche Volk in Deutschland durch eine multikulturelle Gesellschaft ablösen wollen. Sie haben allerdings das Problem, der ansässigen Bevölkerung weiszumachen, daß die neuen Zuwanderer einen volkswirtschaftlichen Zugewinn bringen. Und das wird bei permanent wachsender Arbeitslosigkeit immer schwerer.

2.3 Umweltbelastungen durch übermäßige Produktion

Die ständige Ausweitung der Produktion bei zunehmender Bevölkerungsdichte war und ist mit ganz unnötigen zusätzlichen Umweltbelastungen verbunden, die wir am Produktionsstandort und Verkehrsdurchgangsland Deutschland zu tragen haben.

Die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Überproduktion ließen sich durchaus erfassen und auf ihre Verursacher verteilen, wie das heute vergleichbar mit dem Emissionshandel von Kohlendioxidbelastungen gemacht wird. Aber dies geschieht nicht, weil die Exportüberschüsse nicht als ökonomisches Übel erkannt, sondern sogar als beschäftigungspolitische Notwendigkeit hingestellt werden. Die Umweltbelastung aus der permanenten Überproduktion haben die ansonsten so sensiblen, aber anscheinend nur dosenpfandfixierten machthabenden Umwelt-Grünen bisher noch gar nicht als Übel registriert. Sollten die Umwelt-Grünen doch einmal den Durchblick schaffen, gerieten sie allerdings in einen existenziellen Zielkonflikt: Entweder Umweltschutz oder die von ihnen angestrebte multikulturelle Gesellschaft, die aus dem Sog der inländischen Überproduktion entstanden ist und unsere Umwelt zusätzlich und unnötig belastet!

Man wird nicht lange raten müssen, welches der beiden Ziele die höhere Wertigkeit in der Ideologie der Grünenpartei hat.

Doch zurück zur Frage: Welche Wege hat die Globalisierung genommen und welche Auswirkungen zeigt sie? Als der Import von Gastarbeitern nicht mehr ausreichte die Produktion im Inland zu steigern, gingen die deutschen Unternehmer daran, Arbeitsplätze zu exportieren.

3 Arbeitsplatzexporte

Am Anfang war die Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit in Deutschland die Ursache für die Arbeitsplatzexporte. Heute sind es andere Gründe:

3.1 Niedrige Lohnkosten im Ausland

Die Tariflöhne in den meisten Ländern Europas, Asiens und Südamerikas sind unvergleichbar niedriger als in Deutschland. Die Lohnstückkosten in Deutschland werden zudem durch die zusätzlichen Sozialkosten (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung) erhöht, die notwendig sind, die mit dem Lebensstandard angestiegenen Ansprüche der sozialen Absicherung in Deutschland zu finanzieren.

3.2 Niedrige Steuern

Auch das Steueraufkommen ist in anderen Ländern wesentlich niedriger, insbesondere der Höchststeuersatz der Einkommensteuer. So beträgt der Höchststeuersatz in der Slowakei momentan 19% und Estland besteuert die einbehaltenen Gewinne der ansässigen Unternehmen gar mit 0%.

Daß das Steueraufkommen in Ländern wie der Slowakei oder Estlands niedriger ist als in Deutschland, erklärt sich schon aus den unterschiedlich hohen Staatsaufgaben und Staatsausgaben, z.B. für Bildung, Ausbildung und Infrastruktur (Verkehrswege und Kommunikationsstandard).

3.3 Politische Einflußnahme auf unternehmerische Entscheidungen

In letzter Zeit haben Länder und Regierungen durch direkte Interventionen Druck auf die Unternehmungen bei der Standortwahl ausgeübt. Sie machen die Vergabe von Aufträgen z.B.: im Bereich „Schienenfahrzeuge“ davon abhängig, die heimische Fertigung an diesen Aufträgen zu beteiligen, weshalb man zweckmäßigerweise in dem betreffenden Land Zweigwerke gründet oder bestehende Betriebe aufkauft.

Die Problematik des Arbeitsplatzexportes soll am Beispiel des Siemens-Konzerns aufgezeigt werden.

3.4 Beispiel: Siemens (167.000 Arbeitsplätze in Deutschland) – Arbeitszeitverlängerung + Lohnkürzungen

Siemens beabsichtigt in diesem Jahr 10.000 Arbeitsplätze nach Osteuropa und Asien zu exportieren. In den nächsten Jahren sollen weitere Arbeitsplatzverlagerungen folgen. Der Lohnkostennachteil im Vergleich zu Osteuropa beträgt 25-30%! Heinrich von Pierer (Vorstandsvorsitzender) sucht die Konfrontation mit den Gewerkschaften. Er fordert: Mehr arbeiten für das gleiche Geld und die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche!

Für einzelne Werke und Betriebe konnte von Pierer seine Lohnkostenvorstellungen mit dem Verweis auf die drohende Alternative – Arbeitsplatzexport und Werksschließung – durchsetzen.

Für das Siemens-Werk in Bocholt (224 Arbeitsplätze, Service für Mobiltelefone) wurde dies Anfang April 2004 noch einmal verhindert durch: Arbeitszeitverlängerung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Und diese Regelung dürfte Modellcharakter für die nächsten Verhandlungen der Firma Siemens mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften haben.

Bei der Siemens-Tochter Osram wurde in den vergangenen 5 Jahren ein Lohnkostennachteil von 64 % gegenüber China ausgeglichen. Wie? Mit der Einrichtung von tarifvertraglichen Arbeitszeitkonten, die eine Arbeitszeit von 0–48 Stunden pro Woche vorsehen. Trotzdem mußten lohnintensive Vorarbeiten an chinesische Lieferanten vergeben werden. Das sind also potentielle – zusätzliche – Arbeitsplätze, die vordem in Deutschland eingerichtet wurden.

Im Siemens Hausgeräte-Werk in Giengen bei Ulm war es der Verzicht auf übertarifliche Zulagen, der die Verlagerung von 450 der 2300 Arbeitsplätze in die Türkei verhinderte.

Trotz der gefundenen Kompromisse bestehen heute Pläne, 3.000 der 10.000 Arbeitsplätze zur Software Entwicklung in den nächsten Jahren nach Indien und Osteuropa zu verlagern.

Ein weiterer Weg der Globalisierung ist der Kauf rentabler deutscher Unternehmungen durch das internationale Kapital. Die Zahl dieser Aufkäufe hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht.

4 Unternehmungsaufkäufe in Deutschland

Im Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland unermessliche materielle Schäden ange richtet. Das gesamte Industriepotential war nahezu vollkommen vernichtet worden.

Doch eines konnte nicht zerstört werden: Der Wissensvorsprung, den die deutsche Forschung und Technik auf vielen Gebieten hatte.

Zwar wurde auch der von den Siegermächten ausgeschlachtet, in dem man die Patente raubte, insbesondere im Chemiebereich, und viele führende Wissenschaftler und Techniker, speziell aus der Flugzeug- und Raketentechnik, mit lukrativen Angeboten oder mit Gewalt aus Deutschland abzog, doch das verbliebene Wissen, der Fleiß und der ungebrochene Überlebenswille wurde zur Basis des sogenannten Wirtschaftswunders in den 50iger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Und es muß nicht wundernehmen, daß das internationale Kapital bald entdeckte, daß man daran teilhaben könne, in dem man sich daran beteiligt.

Beteiligen am Gewinn der deutschen Unternehmen, das geschah zunächst durch Erwerb von Wertpapieren, insbesondere Aktien, später durch Kauf von ganzen Firmen – wenn sie gute Gewinne versprachen. Aber eines war damals noch unvermeidbar. Wer kaufen wollte, mußte dafür bezahlen, und zwar mit Devisen.

Das hat sich mit der Globalisierung nach dem für die USA siegreichen Ende des Kalten Krieges geändert. Firmenaufkäufe werden jetzt auf eine ganz neue Art und Weise bezahlt!

4.1 Wie man heute Unternehmen aufkauft

4.1.1 Eigene Aktien

Man kauft heute mit „eigenen Aktien“!

Nach deutschem Aktienrecht ist der Kauf eigener Aktien verboten. Dieses Verbot wurde 1932 in das deutsche Aktienrecht aufgenommen, es sollte die in der Weltwirtschaftskrise ausufernden Spekulationen, die zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Volksvermögen geführt hatten, verhindern.

Dieses Verbot, eigene Aktien aufzukaufen, gilt im Prinzip heute noch, der Kauf ist auf wenige Ausnahmen beschränkt.³

Doch nicht verboten ist die Ausgabe von neuen Aktien. Diese werden, statt sie an das breite Publikum zu verkaufen, dazu verwendet, gegen die Aktien des begehrten Kaufobjektes umzutauschen. Unter zwei Voraussetzungen gelingt das spielend:

- (a) Man braucht mächtige Banken, die die Kreditzwischenfinanzierung der neuen Aktien durchführen. Solche haben sich in den letzten Jahren, vor allem in den USA, durch ständige Fusionen zuhauf gebildet.
- (b) Und man muß die Aktienbesitzer des begehrten Unternehmens davon überzeugen, daß sie ein gutes Geschäft machen, wenn sie umtauschen. D.h. der Umtausch muß ihnen einen zusätzlichen hohen Kursgewinn bringen.

³ Vgl. § 71 AktG

4.1.2 Währungsunterschiede und Währungsschwankungen beeinflussen das Umtauschverhältnis

Das Umtauschverhältnis wird für den Aufkäufer um so günstiger, je höher der Wert seiner Währung im Vergleich zur Währung des Kaufobjektes ist. Am Beispiel des Aufkaufes von Mannesmann durch den englisch-amerikanischen Vodafone-Konzern soll der Vorteil veranschaulicht werden.

Nach der Einführung des Euro sank sein Kurs um ca. 15% gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund. Bei einem Kaufpreis von ca. 360 Mrd. DM brauchte also die Firma Vodafone um ca. 40 Mrd. DM weniger zahlen, als wenn sie in gleicher Währung hätte zahlen müssen.

4.1.3 Überbewertung von US-Aktien

Auch die Überbewertung von US-Aktien im Vergleich zu den europäischen Aktienmärkten verschafft amerikanischen Aufkäufern einen nicht zu unterschätzenden Vorteil, wenn sie mit eigenen Aktien europäische Firmen aufkaufen wollen.

Die Ursache der Überbewertung amerikanischer Aktien ergibt sich aus der Tatsache, daß der Dollar nach wie vor das internationale Zahlungsmittel Nummer 1 ist und die Exportüberschußländer ihre Exportgewinne auf dem US-amerikanischen Aktienmarkt anlegen.

4.2 Das Beispiel Aufkauf und Zerschlagung des Mannesmann-Konzerns im Frühjahr 2000

4.2.1 Die Geschichte einer Unternehmenszerschlagung

Die Firma Mannesmann war ein Flaggschiff der deutschen Industrie im 19. und 20. Jahrhundert und einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. In den 90iger Jahren, unter der Führung des Vorstandsvorsitzenden Joachim Funk, verlegte das Unternehmen den Schwerpunkt seiner Geschäftstätigkeit auf das zukunftssträchtige Telekommunikationsgeschäft. Mit großem Erfolg.

Sein Nachfolger, der Jurist Klaus Esser, wollte sich mit dem großartigen Erfolg auf dem deutschen Markt nicht begnügen, er wollte als Global Player den Erfolg auf dem Weltmarkt, und er ließ sich mit Kräften ein, denen er und sein hausbackenes Management in keiner Weise gewachsen war:

Im Herbst 1999 kaufte Mannesmann das britische Mobilfunkunternehmen Orange für 60 Mrd. DM auf und bezahlte den Kauf mit eigenen Aktien, wie das bei derartigen Aufkäufen so üblich geworden ist. Doch mit diesem Aufkauf war Esser in eine Falle getappt, die im britischen Weltkonzern Vodafone mit strategischem Weitblick aufgestellt worden war. Mit dem Aufkauf waren nämlich jetzt neue Aktionäre an der Firma Mannesmann beteiligt, die ab jetzt mitbestimmen konnten, was mit Mannesmann zu geschehen habe, unter anderem die Firma des Hongkong-Chinesen Hutschinson Whampoa, dessen geschäftsführender Statthalter für Europa, Canning Fok, bei der Übernahmeschlacht zwischen Mannesmann und Vodafone eine ausschlaggebende Rolle bekommen sollte. Whampoa war der mit Abstand größte Aktionär bei Mannesmann geworden.

Wenige Tage nach dem scheinbaren Erfolg von Esser als Unternehmensaufkäufer auf dem globalen Weltmarkt blies Chris Gent, der Vorstandsvorsitzende von Vodafone, zum kalkulierten Gegenangriff. Er bot dem verdutzten Mannesmann-Management die Übernahme des Mannesmann-Konzerns an, zahlen wolle er mit Vodafone-Aktien im Austausch gegen Mannesmann-Aktien. Die Mannesmann-Aktionäre, darunter die neu hinzugekommenen aus dem britischen Orange-Konzern, mußten dem nur noch zustimmen, um das Geschäft perfekt zu machen.

Daß die internationalen und institutionellen Mannesmann-Aktionäre (Banken, Versicherungen, Investmentfonds) verkaufen und ihre Aktien gegen Vodafone-Aktien tauschen würden, wenn das Umtauschverhältnis nur gut genug wäre, war abzusehen. Und Gent zeigte sich von Anfang an bereit, sein Angebot immer weiter aufzustocken, so lange, bis die Höhe seines Angebotes endlich ausreichte, den Tausch einzugehen und die Mehrheit⁴ der Tauschwilligen erreicht war. Für den auf Gewinn- und Kurssteigerung spekulierenden Aktienbesitzer ist nur eines wichtig: möglichst viel Gewinn so schnell wie möglich zu machen. Den internationalen Spekulanten interessieren dabei weder die Arbeitsplätze, die mit seinem Geschäft vernichtet werden, noch die technologische Zukunft des Landes, aus dem er seinen Gewinn schlägt.

Einer dieser Gewinnspekulanten war natürlich der Hongkong-Aktionär Whampoa mit dem Geschäftsführer Fok, der nach dem Aufkauf von Orange maßgeblichen Einfluß bei Mannesmann gewonnen hatte und der jetzt nachhaltigen Druck auf den Mannesmann-Vorstand ausübte. Dieser Canning Fok, der noch wenige Wochen zuvor die Übernahme des britischen Telkommunikationsunternehmens Orange durch Mannesmann organisiert hatte, soll vor Zeugen zum Vodafone-Chef Gent gesagt haben, „laß es uns auf chinesische Weise regeln“, als die Übernahmeverhandlungen nicht weiterkommen wollten. Mannesmann-Vorstand Esser erhielt nach Beendigung der Übergabeverhandlungen 60 Mio. DM Abfindung ausgezahlt, an weitere beteiligte Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden insgesamt über 111,5 Mio. DM gezahlt.

In der Notlage, in die sich Esser mit seinem Führungsstab selbst hineinmanövriert hatte, suchte er am Ende sogar verzweifelt Hilfe bei dem französischen Konzern Vivendi. Durch ein Zusammengehen mit diesem Konzern (einer Fusion unter Gleichen) hätte der Aufkauf noch einmal abgewendet werden können. Doch für den Chef dieses Konzerns, Jean Marie Messier, hatte Vodafone-Chef Gent ein viel verlockenderes Angebot: Aus dem Mannesmann-Vermögen die zuvor von Mannesmann aufgekaufte Firma Orange! Somit konnte Vivendi sein Vermögen beträchtlich vermehren ohne zu fusionieren und ohne seine Eigenständigkeit als französisches Unternehmen zu verlieren. Diese Entscheidung dürfte auch von seiten der französischen Regierung favorisiert und beeinflußt worden sein.

Die Firma Orange war für das Mannesmann-Management zum doppelten Verhängnis geworden. Durch seinen Aufkauf hatten sich die internen Aktionärs-Mehrheitsverhältnisse zu sehr zuungunsten der alten Aktionäre verschoben, weshalb Vodafone seinen Angriff überhaupt erst starten konnte. Danach diente diese Firma als Lockvogel-Angebot, das die rettende Fusion von Mannesmann und Vivendi verhinderte.

⁴ Sein Angebot stieg von 43,7 auf 58,96 Vodafone-Aktien für 1 Mannesmann-Aktie.

4.2.2 Juristische Aspekte der Mannesmann - Zerschlagung

Die Tatsache, daß nach der Zerschlagung des Mannesmann-Konzerns erhebliche Gelder an einzelne Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gezahlt wurden, führte zu einem juristischen Nachspiel, einem Verfahren wegen „besonders schwerer Untreue“, der im Jahr 2004 vor der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Düsseldorf verhandelt wurde und ausging wie das „Hornberger Schießen“:

- Der Hauptzeuge, Canning Fok, dem aktive Bestechung vorgeworfen wurde, machte seine ganz offenkundig mit den anderen Beteiligten abgesprochenen Aussagen nicht vor dem deutschen Gericht, sondern im Deutschen Generalkonsulat in Hongkong, um einer drohenden Verhaftung vorzubeugen.
- Die Geschichte vom gekauften Sieg war auch gar nicht Gegenstand des Prozesses, sondern die Tatsache, daß sich Vorstand und Aufsichtsräte im gegenseitigen Einvernehmen auf Kosten der Aktionäre Leistungsprämien und Pensionszahlungen genehmigt hatten, was mit dem Aktienrecht nicht vereinbar und nach Meinung der Staatsanwaltschaft strafbar war. Die Angeklagten ließen hiergegen die hochkarätigsten und teuersten Anwälte, die diese Republik aufbieten kann, mit Erfolg aufmarschieren.

Dieser aufwendige Prozeß war eigentlich eine juristische Farce, weil er nur von der ökonomischen Tatsache ablenkte, daß es dem globalen Kapital mit wenigen Federstrichen gelingen konnte, eines der bedeutendsten und größten deutschen Unternehmen zu zerschlagen.

Solches zu verhindern, wäre die Aufgabe des deutschen Gesetzgebers und der deutschen Politik gewesen. Doch die maßgebenden Verantwortungsträger aus der Politik taten nichts und sie machen keine Anstalten, vergleichbare Vernichtungen in der Zukunft zu verhindern.

Der Verlauf des Prozesses brachte allerdings auch einige positive Aspekte.

Er deckte eine Entwicklung auf, die global ist und kennzeichnend für die sogenannte westliche Wertegemeinschaft dieser Zeit. Es ist die rücksichtslose, ichtsüchtige Selbstbedienungsmentalität einer Generation, der die soziale Verantwortung abhanden gekommen, weil aberzogen worden ist. Diese Mentalität hat sich heute in allen Berufen, akademischen und nichtakademischen etabliert, sie ist in alle Lebensbereiche unseres Volkes eingedrungen. Strafprozesse dieser Art sind geeignet, die existentielle Bedrohung dieser Entwicklung bewußt zu machen. Gefährliche Entwicklungen kann man nur abwenden, wenn man sie einmal erkannt hat.

Von dieser Warte aus gesehen, läßt die Würdigung des Mannesmann-Prozesses durch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die meinte, der Prozeß sei „ein Schlag gegen den Wirtschaftsstandort Deutschland“, tiefe Einblicke in die sittlich-ethischen Wertvorstellungen der evangelischen Pfarrerstochter und in die ökonomische Kompetenz der Mächtigen-Bundeskanzlerin zu: Die Zerschlagung des Mannesmann-Konzerns hat abertausende von Arbeitsplätzen vernichtet und ein über viele Generationen von Arbeitern und Ingenieuren angehäuften Wirtschaftsvermögen und technisches Wissen pulverisiert. Die Art und Weise, wie diese Zerschlagung abgewickelt wurde, die ökonomische Stümperhaftigkeit, mit der das Mannesmann-Management das ihm anvertraute Unternehmen aufs Spiel setzte, um sich aus der Restmasse des verlorenen Vermögens auch noch selbst zu bereichern, kann man juristisch nicht abarbeiten und nicht

rechtfertigen. Ein Politiker, der dies doch tut, bringt damit offen zum Ausdruck, daß er es nicht anders gemacht hätte!

Dieser Prozeß zeigte auch das ganze Maß moralischer Verkommenheit und ökonomisch-menschlichen Unvermögens der deutschen Wirtschaftselite auf, dem die zur Schau getragene Überheblichkeit der Herren Esser, Ackermann, Funk und des damalige IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel in keiner Weise nachsteht.

Die Aussage Ackermanns, daß Deutschland der einzige Staat sei, in dem unternehmerische Leistungen gerichtlich geahndet statt belohnt werden, ist angesichts des unermesslichen volkswirtschaftlichen Schadens – für den er und die anderen Mitangeklagten mitverantwortlich sind – eine nicht mehr zu überbietende Frechheit.

Sein mit hämischem Grinsen für die Fotografen zur Schau gestelltes Victory-Zeichen war eine öffentliche Brückierung der geltenden Staats- und Rechtsordnung, in der er lebt und in der er sein nicht unerhebliches Einkommen erzielt. Und seine von den Anwälten angeratene Entschuldigung dafür, bei der er sich auf den Pop-Star Michael Jackson berief, der bei seiner Anklage wegen pädophiler Vergehen vor Gericht auch die Finger zum Victory-Zeichen erhoben hatte, zeigt überdeutlich, auf welcher geistigen Ebene sich die heutige Führungselite der deutschen Wirtschaft bewegt.

Am 22. Juli 2004 wurden alle sechs Angeklagten vom Landgericht Düsseldorf freigesprochen, weil sie sich keiner Straftat schuldig gemacht hätten, wie die Richterin Koppenhöfer befand. Dieses Urteil war vorhersehbar.

4.2.3 Vodafone läßt sich die Mannesmann-Übernahme vom deutschen Steuerzahler finanzieren

Doch der Gipfel der Unverschämtheit dieses globalen Raubfeldzuges war noch immer nicht erreicht. Anfang Juli 2004 wurde bekannt, daß sich Vodafone einen Teil seines mit eigenen Aktien (nicht mit Bargeld!) bezahlten Mannesmann-Kaufpreises nachträglich vom deutschen Steuerzahler ersetzen läßt. Und wieder schaute die Deutsche Regierung diesem üblen Spiel in erbärmlicher Hilflosigkeit zu.

Da im Vodafone-Konzern von Anfang an klar war, daß der im Kaufpreis enthaltene Firmenwert für den Mannesmann-Konzern nach englischem Recht – im Gegensatz zu deutschem Handels- und Steuerrecht – nicht abgeschrieben werden kann, wickelte Vodafone den Kauf von Mannesmann mittels einer eigens für diesen Zweck gegründeten Tochterfirma in Luxemburg ab⁵. Mit dieser Vorausplanung wird der Vorsatz der gezielten Gewinn- und Steuermanipulation eigentlich schon für jedermann ganz offenkundig - nur nicht für die deutschen Finanzbehörden.

Am Jahresende 2000 verkaufte diese Luxemburger Vodafone-Tochter ihre von Mannesmann aufgekauften Aktien für 146,928 Milliarden Euro an die Deutsche Vodafone GmbH (ehemals Mannesmann-AG). Diese machte nun gegenüber den deutschen Finanzbehörden eine Wertminderung (Abschreibung, Buchverlust) in Höhe von 50 Mrd. Euro geltend, was einer Steuerersparnis von rund 25 Mrd. Euro entspricht, da alle Telekommunikationswerte und somit auch der Wert der aufgekauften Mannesmannaktien gesunken seien. Damit hatte es der Vodafone-Konzern geschafft, einen Teil der Kaufsumme samt der strafrechtsrelevanten Abfindungssumme an Ackermann, Esser &

⁵ Vgl. FAZ vom 7.6.2004, Seite 15

Co. vom deutschen Steuerzahler beglichen zu lassen. Es fanden sich bald auch Experten aus dem Steuer- und Wirtschaftsprüfungswesen, die die geschilderte Abwicklung nicht nur für rechtens befanden, sondern sogar die Ansicht äußerten, daß die Vornahme einer dauerhaften Wertminderung durch die Deutsche Vodafone GmbH sogar verpflichtend sei.⁶ Solche öffentlich bekundeten „Rechtsgutachten“ müssen in unserer Zeit nicht verwundern, schließlich leben diese Experten ja von der fachlichen Beratung bei den weltweit in Gang gekommenen Firmenaufkäufen. Und sie leben gut davon und die nächsten Geschäfte dieser Art werden bei solch öffentlichkeitswirksamen Auftritten sicher nicht lange auf sich warten lassen.

Von der Sache her bedürfte es sicherlich keines besonderen rechtlichen Sisyphusaktes, die unverschämte, aber ganz offenkundige Gewinnmanipulation des Vodafone-Konzerns zu unterbinden. Von Anfang an – durch den Kauf der Mannesmannaktien durch die Luxemburger Strohfirma – bestand ja die Absicht des Rückverkaufs der Wertpapiere, damit diese in Deutschland steuerrelevant abgewertet werden können. Nicht die vordergründige Tatsache, daß der Wert der Papiere gefallen war, ist in diesem Fall rechtsrelevant, sondern die Tatsache, daß die ganze Aktion von Anfang darauf angelegt war, das aufgekaufte Objekt (Mannesmann) zu veranlassen, die eigenen Aktien zurückzukaufen, ist für die rechtliche Wertung von Bedeutung. Es hat auch nicht an fundierten Ratschlägen gefehlt, wie diese dreiste Steuerverkürzung rechtlich verhindert werden könne.⁷ In jedem Fall hat die Frage, ob die ehemalige Mannesmann-AG und jetzige Vodafone GmbH die eigenen Aktien hätte überhaupt zurückkaufen dürfen, zentrale Bedeutung. Da Steuervermeidung von Anfang an das Motiv des Geschäfts war – sind solche Geschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, bei uns zulande nicht einmal rechtswidrig und somit von Anfang nichtig gewesen (§ 138 BGB)? Unser gutes BGB gilt wohl heute nicht mehr im Zeitalter der weltweiten amerikanischen Gerichtshoheit? Wie dem auch sei, es ist nicht bekanntgeworden, daß die deutsche Finanzbehörde die Steuerminderung der Vodafone GmbH in Höhe von rund 25 Milliarden Euro verhindert hätte.

Die Vodafone-Mannesmann-Geschichte bietet mancherlei Einblicke und Erkenntnisse. Eine Einsicht ist, daß internationale Großkonzerne in diesem Staate ganz offensichtlich mehr und andere Rechte haben als der kleine deutsche Bürger. Gegen den würde die von der Regierung geführte Finanzbehörde ganz sicherlich Mittel und Wege finden, vergleichbare Steuermanipulationen ohne viel Aufhebens zu unterbinden.

4.3 Die Höchst-Celanese-Aventis-Geschichte, die Geschichte einer wohlorganisierten und politisch geduldeten Industrie-Demontage, mitten im Frieden.

Ein weiteres Beispiel der Arbeitsweise des Globalkapitalismus und seine volkswirtschaftlichen Auswirkungen ist die Geschichte der Zerschlagung des Chemie-Giganten Höchst.

4.3.1 Die Geschichte und strategische Planung einer Eroberung

Die Höchst AG in Frankfurt war neben der BASF AG in Ludwigshafen und der Bayer AG in Leverkusen das größte Chemieunternehmen in Deutschland. Sie war aus der

⁶ So geschehen durch den Frankfurter Steuerberater und Rechtsanwalt Jörg Siegels in der FAZ vom 8.6.2004, Seite 24

⁷ Vgl. z.B. FAZ , 8.6.2004, Seite 24; genannt werden z.B. verdeckte Gewinnausschüttung, Prüfung der Fremdähnlichkeit des Verkaufsvorgangs.

Zerschlagung der IG-Farben durch die alliierten Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg hervorgegangen. Zunächst hatten diese dem Unternehmen sämtliche wichtigen Patente und Lizenzen gestohlen, doch das gesamte Unternehmen wäre den Siegern auch danach noch ein zu mächtiger Konkurrent auf dem Weltmarkt gewesen, weshalb es zerschlagen werden mußte.

Mit dem Wiederaufbau Deutschlands in der Zeit des Wirtschaftswunders arbeiteten sich aber alle drei „Tochterkonzerne“ wieder an die Weltspitze der Chemieindustrie. Sie gehörten alle drei zu den größten Chemieunternehmen der Welt und das mußte natürlich den Neid der alten Eliten bei den ehemaligen Siegermächten wecken, die das Wirtschaftsleben und die Politik auch heute noch bestimmen. Sie sann nach Abhilfe und im Zuge der deutschen Teilwiedervereinigung ließen sie sich offensichtlich politische Zugeständnisse verbrieften, die über die Einflußnahme und Beherrschung der mitteleuropäischen Chemie- und Schwerindustrie und die gemeinsame Euro-Währung hinaus auch Methoden und Instrumente ersann, über eine Internationalisierung bedeutender deutscher Unternehmen das wiedervereinigte Deutschland wirtschaftlich unter Kontrolle zu halten.

Ob im Falle der Höchst AG die Auflösung von vornherein schon politisch initiiert war oder ob die Politik einen vom globalen Kapital losgetretenen Prozeß instrumentalisiert hat, wird sich ohne kriminalistische Nachforschungen wohl nicht aufklären lassen. Doch wer sollte das tun? Deshalb zurück zu den Fakten:

Unter der Führung des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Dormann, der 1994 diesen Posten erklommen hatte, wurde die Höchst AG aufgelöst. Seine Pharma-Sparte fusionierte mit der Rhone Poulenc SA zur Aventis AG mit Sitz in Straßburg. Die restlichen Sparten des Chemie-Giganten wurden meistbietend auf dem internationalen Kapitalmarkt verschandelt. Insgesamt wurden über 40 Sparten mit einem Umsatz von über 30 Mrd. DM verkauft, die bekanntesten sind:

- (a) Kosmetiksparte – Schwarzkopf, Jade, Marbert
- (b) Messer Griesheim
- (c) Dystar
- (d) Wacker Chemie
- (e) Clariant
- (f) Herberts (Lacke)
- (g) Trevira

Größeres Gewicht kam der Celanese AG bei. Unter diesem Namen wurden wesentliche Chemieprodukte des Höchstkonzerns zusammengefaßt und ebenfalls ausgegliedert.

Von allen damaligen Höchst-Aktionären ist die KPC, die Kuwait Petroleum Corporation, hervorzuheben. Sie war der mit Abstand größte Aktionär und nahm nachhaltigen Einfluß auf die Auflösung der Höchst AG, vergleichbar mit der Rolle von Hutschinson Whamopa bei der Zerschlagung des Mannesmann-Konzerns.

Die Zerschlagung der Höchst AG kostete Zehntausende von Arbeitsplätzen, allein der Wert des Firmennamens „Höchst“ wurde von Markenfachleuten auf 5 Mrd. DM geschätzt.⁸ J. Dormann, der Vorstandsvorsitzende, gab alsbald nach Auflösung der

⁸ Untersuchung des Genfer Instituts für Markentechnik, zitiert in der Welt am Sonntag vom 4.3.2001, Seite 31

Höchst AG den Vorsitz der Aventis S. A. an Igor Landau, einen französischen Manager, ab, der im Frühjahr 2004 die Übernahmeverhandlungen mit Sanofi führte.

Die Absicht hinter der Zerschlagung der Höchst AG wird überdeutlich, wenn man die weitere Entwicklung verfolgt. Die Geschichte findet nämlich ihre Fortsetzung im Januar 2004.

Jetzt machte nämlich die französische Firma Sanofi mit Sitz in Paris der französischen Firma Aventis mit Sitz in Straßburg ein Übernahmeangebot. Einige sehr interessante Aspekte des Übernahmekampfes, der seit Januar entbrannt ist, verdienen es, erwähnt zu werden:

- (a) Der Vorstandsvorsitzende von Sanofi Dehaq argumentiert, daß er mit der Übernahme insbesondere die große Vergangenheit der pharmazeutischen Forschung in Deutschland stärken wolle. „Ich möchte dieses Erbe der Firma Höchst für die Zukunft des Unternehmens nutzen.“⁹ Wem dies als klammheimlicher Hohn erscheinen mag, der möge sich die Frage stellen, was wohl der deutsche Vorstandsvorsitzende, der genannte J. Dormann, der den Höchst-Konzern zerschlagen hat, bei diesen Worten empfinden mag?
- (b) Vor seinem Griff nach Aventis hat sich Sanofi der Unterstützung der französischen Regierung versichert, die es gernesähe, wenn der dann drittgrößte Pharmakonzern der Welt seinen Sitz in Frankreich hätte. Sie hat auch schon den Aventis-Vorstandsvorsitzenden nach Paris zitiert, um ihm dies klar zu machen. Die Regierung Schröder hat demgegenüber ausdrücklich erklärt, daß sie sich aus dem Geschäft heraushalten wird.
- (c) Die Kuwait Petroleum Corporation (KWC), die bereits 1999 den damaligen Höchst-Vorsitzenden J. Dormann gedrängt hatte, die Firma aufzugeben, hat wieder eine Schlüsselrolle. Sie ist mit 13,5% der größte Aktionär bei Sanofi. Sie hat angekündigt, die Aktien zu tauschen, wenn der Umtauschkurs hoch genug ist.
- (d) Arbeitsplätze für Forschung, Vertrieb und Verwaltung, vor allem in Deutschland und Frankreich sind bedroht. Die Synergieeffekte (Einsparungseffekte) werden auf über 1,6 Mrd. Euro geschätzt. Die Globalisierung in Form des Aufkaufes und der Fusion wird wieder zahlreiche Arbeitsplätze kosten.

4.3.2 Die Größenordnung der Geldschöpfung zum Aufkauf von Aventis

Daß man heute zum Aufkauf anderer Unternehmen kein Geld im herkömmlichen Sinn (Zentralbankgeld, Geldscheine, Papiergeld) mehr braucht, sondern das Geld für diesen Zweck selbst machen kann, man spricht von Akquisitionswährung, wurde bereits am Fall des Kaufs der Mannesmann-AG durch den Vodafone-Konzern dargelegt. Das Pikantere an der Sanofi-Aventis-Aufkauf tour – mit wohlwollender Unterstützung der französischen Regierung – aber ist, daß hier der Zwerg den Riesen aufkauft, die Maus die Katze frißt. Schauen wir uns die Zahlen einmal an:

	Aventis	Sanofi
Umsatz	20,6 Mrd €	7,4 Mrd €
Mitarbeiter	71.000	32.000

⁹ FAZ 29.1.2004, Seite 16

Es zeigt sich, daß die Firma Sanofi grob gerechnet nur 1/3 der Firma Aventis ausmacht. Um diese mit eigenen Aktien aufzukaufen, muß die Firma Sanofi also rund dreimal soviel Eigenkapital (eigene Aktien) generieren, wie sie momentan selbst hat.

Wer macht dieses Geschäft? Eine Branche, die es vor 20 Jahren noch gar nicht gab: Die Investmentbanken. Im Falle der Firma Sanofi haben sich zu diesem Zweck zusammengetan:

Merrill Lynch (mit der Erfahrung aus dem Mannesmann-Deal an Vodafone)
BNP Paribas (mit der Hilfestellung der französischen Regierung)
HSBC (amerikanische Investmentbank, die zweitgrößte der Welt nach Citigroup)
JP Morgan (amerikanische Investmentbank, Nr. 7 in der Weltrangliste der Banken)

Wer ermöglicht solche Geschäfte?

Die dem Globalkapital verbundenen Regierungen und Gesetzgeber, die neben ihrer ansonsten so streng gehüteten Währungshegemonie die „Akquisitionswährung Eigene Aktien“ zum Zweck des Aufkaufs anderer Unternehmungen rechtlich erlauben.

4.3.3 Der Übernahmekampf, die Entscheidung und ihre Hintergründe

Der Kampf um die Übernahme von Aventis durch Sanofi sollte eine sehr interessante und aufschlußreiche Entwicklung nehmen. Der Pharma-Riese Novartis (aus der Fusion Ciba-Geigy und Sandoz hervorgegangen) hatte ebenfalls seine Kaufinteressen an Aventis angemeldet. Alle waren gespannt, wie dieser Übernahmekampf ausgehen würde. Daß es zur Übernahme kommen würde, war beschlossene Sache. Warum eigentlich? Und wer würde den Zuschlag bekommen? Es war bald entschieden: Am Sonntagabend den 25.4.2004 gab das französische Finanzministerium bekannt, daß die Firma Aventis das Übernahmeangebot der Firma Sanofi angenommen habe.

Warum gerade das Finanzministerium und nicht eines der beteiligten Unternehmen? Der Zeitablauf¹⁰ des letzten Übernahmekampfes gibt die Antwort:

1. In den Tagen zuvor hatten die Geschäftsleitungen von Aventis und Novartis eigentlich schon ein Zusammengehen von Aventis und Novartis beschlossen, das eine feindliche Übernahme durch Sanofi verhindern sollte. Doch dann kam es innerhalb weniger Stunden ganz anders.
2. Freitagabend, den 23.4.2004: Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy arrangiert ein Treffen der beiden Vorsitzenden: Jean Francois Dehecq (Sanofi) und Igor Landau (Aventis). Sanofi sollte 7 Mrd. Euro mehr als bisher vorgesehen an Bargeld zahlen und der Aventis-Managementführung die Hälfte der Führungsstellen in Vorstand und Aufsichtsratsstellen zugestehen.
3. Samstag 24.4.2004: Die Entscheidungsträger beider Unternehmen kommen in Paris zusammen. Darunter sind die Großaktionäre beider Unternehmen und auch Jürgen Dormann, der Aufsichtsratsvorsitzende von Aventis, der ja bekanntlich schon für die Auflösung der Firma Höchst und deren Aufgehen in der Firma Aventis im Jahre 1999 verantwortlich zeichnet.
4. Sonntag 25.4.2004, 14 Uhr: Der Aventis - Aufsichtsratsvorsitzende Dormann trägt den anderen Aufsichtsratsmitgliedern das verbesserte Sanofi-Angebot vor.

¹⁰ Vgl. Der Spiegel 19/2004, Seite 108

Da der Novartis-Vorstand Daniel Vasella nicht bereit war, ein höheres Angebot vor Ablauf des Annahme-Ultimatums um 22 Uhr des gleichen Tages, vorzulegen, fühlten sich die Aufsichtsratsmitglieder von Aventis genötigt, das Angebot von Sanofi anzunehmen.

5. Der Kaufpreis für Aventis:
Gesamtkaufpreis: 55,3 Mrd. €, 71% werden mit Sanofi-Aktien und 19% in bar gezahlt, das sind 15,95 Mrd.€ .
Das Angebot wurde von Sanofi um 16% im Vergleich zum ersten Angebot vom Januar erhöht.

4.3.4 Die Bewertung der Vorgänge

Die Geschäftsführung von Aventis hatte sich noch einen Tag vor der Zustimmung durch den Aufsichtsrat gegen die Übernahme durch Sanofi vehement gewehrt. Der deutsche Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat hatte noch am Sonntag – dem Tag, an dem er der Übernahme durch Sanofi selbst zustimmte – gemeint, daß der Aufsichtsrat zusammengekommen sei, um über die Fusion mit Novartis zu entscheiden.¹¹

Welche Kräfte haben diese Entscheidung herbeigeführt?

Es war dies natürlich das geschickte Arrangement des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Sarkozy, eine Entscheidungssituation herbeizuführen, in der die Kontrahenten Sanofi und Aventis und der in Lauerposition auf einen günstigen Zuschlag hoffende Mitbieter Novartis unter zeitlichen Druck gerieten und kurzfristig entscheiden mußten.

Es war aber auch der erheblich gesteigerte Kaufpreis, der die Aventis-Aktionäre über Nacht reicher werden läßt und den Vorständen und Aufsichtsräten ihre Weiterverwendung auf gutdotierten Managerpositionen in Aussicht gestellt hat.

Die Geschicklichkeit des politischen Arrangeurs hat in der Käuflichkeit des von ethischen Normen befreiten, auf materiellen Vorteil bedachten und nach dem Rationalprinzip funktionierenden Weltbürgers einen berechenbaren Partner gefunden.

Doch schon die nahe Zukunft des neuen französischen Pharma-Chemiegiganten ist mit einer schweren Hypothek belastet: Der Kauf von Aventis mußte mit 15,95 Mrd. Euro fremdfinanziert werden, weil der Aufkauf nicht allein mit Aktienumtausch, sondern zusätzlich mit Bargeldzahlungen zu bewerkstelligen war. Die Zinskosten sind gerade einmal so hoch wie die sogenannten Synergieeffekte, wenn der neue Großkonzern 10.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert¹².

¹¹ Vgl. ebenda

¹² Tilgung und Zinsen will Dehecq aus dem Cash-Flow finanzieren. Der beinhaltet neben dem Gewinn bekanntlich die Abschreibungen und die Bildung langfristiger Rückstellungen. Das bedeutet: Es wird zu Gewinnminderungen und damit zu Dividendenminderungen und Kursverlusten kommen. Auch werden die für Zins- und Tilgungszahlungen verwendeten Abschreibungsbeträge bei der Reinvestition fehlen und im Falle des Risiko-Eintritts werden die Rückstellungen, die für solche Fälle gebildet werden, nicht zur Verfügung stehen, da sie ja für die Schuldendienste ausgegeben worden sind.

4.3.5 Die volkswirtschaftliche Erkenntnis

Wieder werden wegen der angestrebten Synergieeffekte Tausende von Arbeitnehmern entlassen, sie werden vom vagabundierenden Globalkapital entsorgt, um auf Kosten der Allgemeinheit in den betroffenen Staaten versorgt zu werden.

Und eine weitere Folge zeigt diese Fusion: Die Banken und ihre Eigentümer werden genau um den Betrag – das Einkommen – reicher, das die entlassenen Arbeitskräfte verlieren. Diese werden die Gesamtzahl der Arbeitslosen erhöhen und die Frage, wer dieses stetig anwachsende Heer der Arbeitslosen mit Gütern versorgen soll, wird immer schwieriger zu beantworten sein.

Die Globalisierung beweist sich als eine moderne Art der Einkommensumverteilung und zeigt ihr verborgenes Gesicht, das ihre nutznießenden Befürworter und deren akademisches Assistenzpersonal eigentlich nicht preisgeben wollen: Die Globalisierung macht die Reichen reicher und die Armen noch ärmer – und das bezieht sich nicht nur auf Entwicklungsländer, wie der Fall Aventis beweist.

4.3.6 Das Selbstverständnis der politischen Eliten

Aufschlußreich bei der Abwicklung von Aventis war die Rolle der beteiligten Manager, Gewerkschaftler, Kapitaleigner und Medien und das Selbstverständnis der miteinander bezogenen Politiker.

Die Manager, Gewerkschaftler und Kapitaleigner meldeten gleich zu Anfang ihre eigensüchtigen Interessen an. Das ist ihnen auch nicht zu verdenken in einem System, das nach dem Prinzip der politisch organisierten Interessenvertretungen funktioniert und in dem die Gegensätze zu einer konsensualen Konfliktlösung führen sollen. Aber die Politiker? Haben die nicht übergeordnete Werte zu vertreten? Der französische Ministerpräsident Chirac und sein Super-Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy haben den Kauf von Aventis durch Sanofi aktiv unterstützt, wenn nicht gar von Anfang an inszeniert. Der deutsche Bundeskanzler Schröder hat demgegenüber von Anfang an erklärt, daß er sich nicht einmischen werde. Hat er nicht auch einmal bei seinem Amtsantritt einen Eid abgelegt, daß er das Wohl des Deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm abwenden werde?

Was ein Politiker tun muß, wenn er seinen Eid nicht brechen will, hat der französische Wirtschafts- und Finanzminister vorgemacht und in aller Öffentlichkeit verkündet, daß er die Zerschlagung des französischen Industriekonzerns Alstom durch das internationale Kapital mit allen Mitteln verhindern werde. Er sagte: *„Wir sind für die Marktwirtschaft und für Deregulierungen, aber sie dürfen nicht dazu führen, daß unsere Unternehmen einfach verschwinden. Es ist meine Aufgabe als französischer Minister, Arbeitsplätze in Frankreich zu erhalten.“*¹³

Die deutschen Medien konnten das zielgerichtete Engagement der französischen Politik bei der Aventis – Übernahme für ihre nationalen Interessen zwar marginalisieren, aber nicht ganz unterschlagen. Sie waren peinlich berührt davon, denn das Aktionsmuster paßte so gar nicht in ihre Visionen einer übernationalen europäischen Wertegemeinschaft, die sie bis zur Selbstaufgabe predigen. Sie registrierten das Geschehen als besondere Marotte der allbekanntesten französischen Politik, die man ironisch bespöttelt, aber dann abtut, als wäre nichts geschehen. Was auch sonst? Sonst könnte man viel-

¹³ FAZ vom 5.5.2004, Seite 13

leicht einen roten Faden entdecken, der sich von der Auflösung des Höchst-Konzerns über die Aventis-Eliminierung bis zum angestrebten drittgrößten Pharmakonzern der Welt, Sanofi, erstreckt. Und eine solche Erkenntnis darf nicht zustandekommen, denn es kann nicht sein, was nicht sein darf.¹⁴

4.3.7 Die zeitgleiche Abwicklung der Firma Celanese

Die absichtsvolle Zerschlagung des Höchst-Konzerns wird noch deutlicher, wenn man den nahezu zeitgleichen Aufkauf der Höchst-Ausgliederung Celanese durch den amerikanischen Finanzinvestor Blackstone einbezieht. Der Vollzug dieses Aufkaufes wurde am 1.4.2004 in der Presse¹⁵ bekanntgegeben. Die Finanzierung des Geschäftes hat die Deutsche Bank übernommen. Blackstone hat angekündigt, die Firma Celanese in drei bis vier Jahren wieder verkaufen zu wollen – mit Gewinn natürlich – nachdem die notwendigen Rationalisierungen vorgenommen worden sind.

Auch die Übernahme dieses Produktionszweiges des ehemaligen Höchst-Konzerns erweist sich als ein Meisterwerk strategischer Planung aus der Werkstatt des Neokapitalismus. Am Beispiel von Celanese soll aufgezeigt werden, wie heute ein Global Player bei der Planung seines Raubzuges vorgeht!

Zunächst wird das Unternehmen, das es zu übernehmen gilt, schlechtgeredet. Diese Aufgabe übernehmen die beauftragten Rating-Agenturen (Agenturen, die sich die Bewertung von Unternehmungen zur Aufgabe gemacht haben). Gleichzeitig sondiert man die finanzpolitischen Möglichkeiten bei den sogenannten Investmentbanken, die die Unternehmensaufkäufe danach abwickeln. Bei alsbald niedrigen Kursen des anvisierten Objektes verschafft man sich die Stimmrechtsmehrheit durch kontinuierliche Aufkäufe der Aktien. Wenn die Kurse wegen der eigenen Nachfrage nach den begehrten Aktien dann doch ansteigen, stellt dies kein sonderliches Problem dar, denn die Gewinne des anvisierten Deals sind um ein Vielfaches größer. Aber wie kommen die nun zustande? Ganz einfach:

Nachdem man das begehrte Unternehmen, in dem vorliegenden Falle war es die Firma Celanese, aufgekauft hat, entdeckt die damit beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft plötzlich, daß man sich hinsichtlich des Unternehmenswertes sehr getäuscht hat. Auf einmal ist das Vermögen des Unternehmens nur noch die Hälfte wert. Der Rest muß natürlich abgeschrieben werden. Die Wertberichtigungen werden dann zu Lasten des deutschen Fiskus vorgenommen, denn die Verluste der noch deutschen Firma Celanese – es sind reine Buchverluste – kann man ja schließlich nicht versteuern. Schon im Falle des Aufkaufs von Mannesmann durch Vodafone hat man das so gemacht.

Im Falle von Blackstone-Celanese sind die Relationen (auf niedrigerem Niveau) noch exorbitanter: Der Wert von Celanese wurde von Blackstone auf über 3 Mrd. Euro geschätzt, als er die Aktien aufkaufte. Nachdem der Investor 84% der Aktien aufgekauft hatte, verkauft er das ganze Unternehmen jetzt (im Herbst 2004) an sich selbst – an die Fa. Blackstone in Dallas (USA) zum Preis von 290 Mio. Euro! Das ist ein Zehntel des

¹⁴ Die deutsche Regierung knirschte nachträglich mit den Zähnen. Wirtschaftsminister Clement warnte die Franzosen vor weiteren staatlichen Interventionen bei Unternehmensaufkäufen, weil man dann Konsequenzen ziehen müsse. Welche das wohl sein könnten, das verriet er nicht. Vgl. FAZ vom 8.5.2004, Seite 12

¹⁵ Vgl. FAZ vom 1.4.2004, Seite 18

ursprünglichen Wertes¹⁶. Mit diesem Wert erfolgt dann die Überführung der Beute nach USA!

Dort wird sich bald herausstellen, daß es mit den Verlusten der Vermögenswerte gar nicht so schlimm war, der Unternehmenswert wird wieder steigen. Die nach wie vor vorhandenen Patente und Lizenzen (derentwegen man ja aufgekauft hat) helfen bei dem jetzt zu erwartenden Kursanstieg kräftig mit. Es kommt zur wunderbaren Genesung des „kranken Patienten Celanese“ in der US-amerikanischen Kurlandschaft. Das auf wundersame Weise wieder genesene Chemieunternehmen wird dann auf dem Aktienmarkt zu hohem Preis wieder verkauft und die Blackstone-Hintermänner schieben ihre kalkulierten Gewinne aus einem Spekulationsgeschäft ein, das im Zeitalter der Globalisierung für die einschlägigen Experten zur Routine geworden ist¹⁷. Ein großartiges Geschäft, da könnte man doch in Versuchung kommen, bei diesem „Monopoly“-Spiel selbst mitzumachen.

Übrigens witterte Blackstone im Herbst 2004 schon das nächste Opfer: Das Unternehmen ist am Kauf des maroden KarstadtQuelle-Konzerns interessiert. (vgl. FAZ 6.10.2004). Das Vorgehen ist das gleiche: Kauf zum Schrottpreis, Abschreibungen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers mit nachheriger Überführung in US-amerikanisches Vermögen. Und die deutsche Regierung wird auch wieder untätig zuschauen, die Globalisierung gutheißen und das Deutsche Volk mittels Hartz IV und den anderen Reformen der Agenda 2010 zahlen lassen.

5 Unternehmensaufkäufe und Spekulationen deutscher Firmen im Ausland

Das internationale Kapital kauft nicht nur in Deutschland auf und entsorgt unrentable Arbeitsplätze auf Kosten der Allgemeinheit. Auch die deutschen Manager möchten gerne im Konzert des globalen Kapitals mitspielen.

Nahezu alle deutschen Unternehmen von Rang und Namen, quer durch alle Branchen, beteiligen sich heute an den weltweit ausgebrochenen Globalisierungsorgien.

Post, Bahn, Energieversorger, Versicherungen, Medienunternehmen (Springer), Spediteure, Sportartikelhersteller, Klavierbauer usw. sind dem Globalisierungsrausch verfallen, man bekommt den Eindruck, daß sie alle Angst haben, bei der Beuteverteilung zu kurz zu kommen.

Und sie haben sich mit ihren Expansionsgelüsten oft genug „blutige Nasen“ geholt. Es nicht möglich, die Vielzahl der globalen Abenteuer deutscher Firmen auch nur annähernd aufzuzählen. Einige wenige Beispiele sollen aufzeigen, welche Folgen diesen Bemühungen beschieden waren:

¹⁶ Da zunächst nur die Celanese Americas Corp. (Tochtergesellschaft von Celanese – AG) überführt wird, die allerdings 2/3 der gesamten Celanese AG ausmacht, dürfte der neue Wert mit 15% des ursprünglichen Wertes veranschlagt werden. Das sollte einmal ein deutsches Mittelstandsunternehmen probieren. Sein Gesamtvermögen mit einem Streich um 85% abschreiben!

¹⁷ Diese und vergleichbare Geschäfte firmieren heute unter dem schönen Namen „private equity“, was man vielleicht mit Risiko-Kapitaleinlagen übersetzen könnte.

- 5.1 Die Deutsche Post z. B. entsorgte in den vergangenen Jahren Tausende ihrer Mitarbeiter – sozialverträglich durch Frühpensionierung, zu Lasten der Allgemeinheit. Sie ließ Hunderte ihrer Filialen in Deutschland schließen und legt nun die in den Jahrzehnten zuvor von Generationen von Mitarbeitern erarbeiteten Gewinne und Vermögen im Ausland, in USA und England an.
- 5.2 Energieversorgungsunternehmen fusionierten, rationalisierten im Inland und kauften sich im Ausland ein.

Den deutschen Banken, insbesondere den großen Privatbanken kommt bei dem Globalisierungsprozeß besondere Bedeutung zu.

- 5.3 Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, HBV-Bank

Das sind die großen und führenden deutschen Geschäftsbanken. Verglichen mit der internationalen Konkurrenz der Großbanken in USA, Großbritannien, der Schweiz und Frankreichs ist ihre Größe eher zwergenhaft.¹⁸ Das hat die deutschen Banken allerdings nicht davon abgehalten, sich an der internationalen Spekulationswelle in den 90iger Jahren zu beteiligen. Mit dem Platzen der Spekulationsblase handelten sie sich Verluste in mehrstelliger Milliarden-Höhe ein. Diese Spekulationsverluste auf der „internationalen Bühne“ hatten fatale Folgen für die deutsche Wirtschaft, die ohnehin mit der Jahrhundertwende in ein Konjunkturtief geraten war.

- (a) Die Banken gingen jetzt daran, ihre Verluste durch Kosteneinsparungen – sprich Rationalisierungen – sprich Arbeitsplatzstreichungen – auszugleichen. In den letzten beiden Jahren wurden von den deutschen Großbanken Zehntausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert und sozialverträglich – auf Kosten der Allgemeinheit – auf dem Arbeitsmarkt entsorgt!
- (b) Gleichzeitig haben die Geschäftsbanken ihre Kreditvergabe an den deutschen Mittelstand eingeschränkt bzw. rigoros verteuert, weil sie weniger Kredite wegen ihrer Spekulationsverluste vergeben konnten.
- (c) Mit dieser restriktiven Kreditpolitik locken sie aber jetzt Auslandsbanken nach Deutschland, für die sich eine Marktlücke auftut, zu der sie bis dahin nicht vordringen konnten. So z.B. die belgisch-holländische Fortis-Bank.¹⁹
- (d) Durch die Aktivitäten der Auslandsbanken im heimischen Markt geraten die Inlandsbanken aber jetzt erst recht unter Erfolgsdruck, sie müssen weiter rationalisieren und fusionieren. Und:

¹⁸ So erreicht der Börsenwert der größten deutschen Bank, der Deutschen Bank, nicht einmal 1/5 der amerikanischen Citigroup-Bank.

¹⁹ Am 9. April 2004 berichtete die FAZ: Große Pläne in Deutschland hat die Fortis-Bank. Während die heimischen Kreditinstitute bei Mittelstandsdarlehen restriktiver geworden sind, will die belgisch-holländische Finanzgruppe in diese Nische vorstoßen. „Das Kreditgeschäft steht für uns im Mittelpunkt“, meint Theo Narinx, Deutschland-Chef der Fortis-Bank, im Gespräch mit dieser Zeitung. "Das ist selbstverständlich, wir sind doch eine Bank." Für viele deutsche Kreditinstitute ist dies keine Selbstverständlichkeit mehr. Sie wollen dem Mittelstand Kapitalmarktprodukte verkaufen oder reduzieren ihre Kredite in Branchen, die sie nicht für attraktiv halten. Narinx dagegen bleibt ganz der Tradition verhaftet: "Ein Darlehen ist der erste Vertrauensakt, den eine Bank einem Kunden gegenüber leisten muß."

- (e) Wenn sie dann weit genug fusioniert und rationalisiert haben und wieder respektable Gewinne ausweisen, werden die deutschen Banken dann zum tauglichen Kaufobjekt übermächtiger internationaler Großbanken, die diese Entwicklung in angespannter Lauerstellung seit geraumer Zeit verfolgen. Diese Erwartungen werden in der einschlägigen Fachpresse nahezu täglich berichtet. Auch der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) und Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf Breuer, erwartet, daß die amerikanischen Großbanken, insbesondere die Citigroup bereits in allernächster Zeit zuschlagen wird.²⁰ Bundeskanzler Schröder soll die Deutsche Bank der amerikanischen Citigroup Bank sogar höchstpersönlich zum Kauf angeboten haben, berichtete die *FAZ* vom 15.3.2004 in einem Leitartikel auf Seite 1!
- (f) Und es ist abzusehen, daß diese Aufkäufer weiter rationalisieren und entlassen werden – sozialverträglich versteht sich. Doch wer soll diese stetig anwachsende Arbeitslosenzahl noch bezahlen? Die weiter schrumpfende Quote der Nochbeschäftigten?
- (g) Der geschilderte Prozeß wird sein natürliches Ende finden, wenn die Menschen, die Völker oder auch die Bevölkerungen, denen wachsender Reichtum durch Liberalisierung und Globalisierung versprochen wurde, merken, daß sie betrogen wurden, daß sie ärmer statt reicher werden. Diese Verarmung, und sei sie auch nur relativ, werden alle Menschen in gleicher Weise erfahren, sowohl die in den entwickelten Industrieländern, als auch die in den sogenannten Schwellenländern. Wir Deutsche erfahren es jetzt schon!

Die Reformorgien unserer Politiker (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitsmarktreform) können das nicht ändern. Sie gehen nicht an die Ursachen des ökonomischen Niedergangs, von denen eine, und nicht die unbedeutendste, die ungezügeltere Globalisierung ist. Diese Reformen verteilen nur ein wenig anders, was weniger geworden ist. Sie geben keinerlei Anlaß, daß wieder mehr wird, was mehr werden müßte.

*

Der Stolz der nach dem Krieg aufstrebenden Wirtschaftsmacht Deutschland war und ist natürlich seine Automobilproduktion. Die großen Erfolge der deutschen Automobilbauer ließen sie alsbald Ausschau halten nach einer rentablen Anlage der vormals überreichlichen Gewinne. Wurden die Gelder zuerst in deutschen Technologie- und Forschungsunternehmen angelegt, so ging man seit den 90iger Jahren dazu über, sich im Ausland einzukaufen. Allerdings kauften die deutschen Manager keine gutgehenden rentablen Unternehmungen auf, sie stürzten sich auf die Konkurs- und Sanierungsfälle. Der typische Fall war der Aufkauf des US-Autoproduzenten Chrysler durch Daimler.

5.4 Der Fall DaimlerChrysler

Das Markenkennzeichen des Daimler-Managements ist der Ausverkauf deutscher Hochtechnologie, wie im Jahre 2003 der Motoren- und Turbinen-Union München

²⁰ *FAZ* vom 1.4.2004, Seite 13

MTU²¹) an das internationale Finanzkapital. Zuvor waren bereits verkauft worden: AEG (1996), die Dasa (DaimlerChrysler Aerospace AG) an EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) und die Eisenbahn und Schientechnik an Bombardier (Kanada).

Daimler hatte sich ja bekanntlich bei dem vor dem unmittelbaren Konkurs stehenden US-Autohersteller Chrysler eingekauft und danach auch noch die Mehrheit an dem Verlustunternehmen Mitsubishi (Japan) übernommen. Das ist ein Tauschgeschäft, bei dem abgewirtschaftete, konkursreife und auf dem Markt gescheiterte Verlustunternehmen aus dem Kfz-Bereich, deren Sanierung unternehmerische Kraft und finanzielle Mittel auf unabsehbare Zeit erfordert, gegen zukunftsweisende und gewinnversprechende Hochtechnologie abgegeben wurde. Der MTU-Verkauf hat obendrein schon nach wenigen Monaten an die 1000 Arbeitsplätze gekostet, die allerdings, wie die neue Unternehmensleitung unter amerikanischer Regie versichert hat, sozialverträglich (also auf Kosten der Allgemeinheit) abgebaut worden sind.

Der bekannteste „Schwabenstreich“ ist dem Daimler-Management mit dem TollCollect-Autobahn-Mautprojekt (Gemeinschaftsprojekt mit der Deutschen Telekom) gelungen. Dieses Debakel-Unternehmen hat die unternehmerische und technische Kompetenz des einstmals angesehenen deutschen Großkonzerns vollends und in aller Öffentlichkeit in Frage gestellt.

Es nimmt nicht wunder, daß eine amerikanische Management-Fachzeitung den Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp zum dümmsten Manager des Jahres 2003 erkoren hat. Auf der Hauptversammlung im April 2004 in Berlin wurde ihm konkret vorgeworfen, er habe den Börsenwert des Konzerns auf 40 Milliarden Euro halbiert sowie 80.000 Arbeitsplätze abgebaut und sich damit zum „größten Kapital- und Arbeitsplatzvernichter der Geschichte“ entwickelt. Die Kapitalrendite sank von 8,8% auf 2,4%. Der im Prinzip ökonomisch desinteressierte „Deutsche Michel“ mag dies gar nicht wahrnehmen oder für nicht so schlimm halten. Die Schröder-Regierung mag da schon einen Schritt weitergehen und sich über die Unfähigkeit des Vertragspartners ärgern, die ja auch ihr angelastet wird. Das internationale Kapital wird das Unternehmen aber abstrafen, wie ein Vertreter der Gesellschaft für Stimmrechtsvertretung ISS (Institutional Shareholder Services) anlässlich der Hauptversammlung in Berlin angekündigt hat. Das Abstrafen erfolgt dann zu Lasten der deutschen Wirtschaft, der deutschen Arbeiter, die mit Wirtschaftskapitänen vom Schlag eines Jürgen Schrempp ohnehin schon gestraft genug sind.

²¹ MTU – Motoren und Turbinen Union, München, größter Triebwerkhersteller und -Instandhalter Deutschlands, Zweigwerke in Hannover, Berlin-Brandenburg und Kanada, Umsatz 2,2 Mrd. Euro, 8.000 Mitarbeiter. Das Unternehmen wurde Ende November an einen US-Finanzinvestor verkauft. Der Verkauf brachte DaimlerChrysler einen Reingewinn von 1,6 Mrd. Euro. Er ist politisch umstritten, weil er den Amerikanern Zugang zum technischen Wissen der europäischen Flugzeugbauer verschafft, die mit ihren Produkten „Eurofighter“ und Militärtransporter A 400 M mit der amerikanischen Flugzeugindustrie konkurrieren.

5.5 BMW

BMW war in den 60iger Jahren ein Verlustunternehmen, dessen Konkurs nur durch die Intervention der damaligen Bayerischen Staatsregierung abgewendet werden konnte. Seit 1970, als Eberhard von Kuehnheim die Leitung übernommen hatte, steigerte es den Umsatz von 1,7 Mrd. DM auf 30 Mrd. DM im Jahr 1993. Dann übernahm Bernd Pischetsrieder die Leitung. Seine unternehmerische Glanzleistung bestand darin, die in den Jahren zuvor angesammelten Gewinne durch Kauf der bankrotten Firma Rover zu investieren, deren anhaltende Verluste nicht aufzuhalten waren. Das Geschäft endete in einem Verlustdebakel in Höhe von über 13 Mrd. DM.

Genau dieser Milliardenverlust, der um ein Haar das ganze Unternehmen BMW in den Abgrund gerissen hätte, scheint Herrn Pischetsrieder aber prädestiniert zu haben, den Vorstandsvorsitz des größten deutschen Automobilbauers, VW, übernehmen zu dürfen, das er nun seit einigen Jahren leitet. Und die jüngsten Entwicklungen, die Umsatz-, Gewinn- und Markteinbußen des einstigen Vorzeige-Weltkonzerns bestätigen, daß dieser „großartige Unternehmensführer“ sein „glückliches Händchen“ nicht verloren hat.

5.6 Deutsche Telekom – Aron Sommer

Seine nachhaltigen Fehlinvestitionen durch Firmenaufkäufe im nordamerikanischen Telekommunikationsmarkt waren so offenkundig und die Verluste so immens, daß sich sogar die Schröder-Regierung gezwungen sah, ihn vorzeitig zu entlassen. Jetzt hat er seine „Söldner-Dienste“ einer russischen Telekommunikationsfirma zur Verfügung gestellt.

6 Die Rolle der Manager

6.1 Ihr Herrschaftssystem

Vorstände und Aufsichtsräte haben sich in den letzten Jahren immer schamloser im Selbstbedienungsverfahren wechselseitig bei der Festlegung ihrer Gehälter, Gewinnbeteiligung, bei Prämien und Aktienoptionsscheinen bedient.

6.2 Personen

Der Prototyp für dieses moderne Selbstverständnis des globalen Managers ist wohl der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann. Allein für diese Arbeit als Vorstandsvorsitzender ließ er sich im Jahr 2003 11,1 Mio. Euro bezahlen. Das entspricht einer Gehaltserhöhung um 60%! Ackermann dürfte aber noch über weitere Einkommensquellen aus Aufsichtsratsposten und Beraterverträgen verfügen. Er war ja bekanntlich Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann, als diese Firma zerschlagen wurde; für seine Beteiligung an der Prämienauszahlung für diese Vernichtungsaktion konnte er bekanntlich strafrechtlich nicht belangt werden.

Die Dresdner Bank erhöhte die Einkommen für ihre Vorstandsmitglieder von 9,6 auf 11 Mio. Euro, obwohl sie im Jahr 2003 einen Verlust von 2,4 Mrd. Euro auswies.

Der Commerzbank-Chef Klaus-Dieter Müller steigerte sein Einkommen 2003 von 1,26 auf 1,42 Mio. Euro, wobei er für seine Bank einen Verlust von 2,3 Mrd. Euro erwirtschaftete.

Die Gehaltsorgien der deutschen Manager, die ihr Selbstbedienungsverfahren gerne mit dem Verweis auf die noch viel höheren Gehälter ihrer Kollegen in den USA rechtfertigen, haben sie in Verruf gebracht. Doch nicht nur das Ausmaß ihrer ungerechtfertigt hohen Gehälter hat die Gilde der Manager unbeliebt gemacht. In zunehmendem Maß ist es jetzt ihr Auftreten und ihr Selbstverständnis als international agierende Global Player, das sie veranlaßt, Arbeitsplätze abzubauen und Betriebe und ganze Unternehmen ins Ausland zu verlagern. Sie werden dadurch als unmittelbar Verantwortliche für die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verarmung in Deutschland ausgemacht.

Und die Politik, die Mitschuld an der Entwicklung hat, weil sie der Globalisierung freien Lauf läßt, nimmt die Gelegenheit gerne wahr, den Schwarzen Peter an die Manager-Elite weiterzugeben. Kanzler Schröder und Bundestagspräsident Thierse entdecken auf einmal den „Patriotismus“ und appellieren an deutsche Unternehmer und Manager, die Arbeitsplätze doch nicht ins Ausland zu verlagern. Was macht sie auf einmal zu Patrioten? Patriotismus war ihrem Denken doch seit jeher fremd und nationalismusverdächtig! Es ist nicht die Fürsorge für das ihnen anvertraute Volk. Nein, es ist die Sorge um ihre eigene Macht. Sie merken, daß die Globalisierung und ihre Manager den Ast absägen, auf dem auch sie, die Politiker, sitzen. Sogar in einer durch die Medien und die Kartellparteien gelenkten Demokratie kann der Zusammenhang zwischen Globalisierung, Arbeitsplatzexport und steigender Arbeitslosigkeit nicht weggelogen werden.

Sie wollen durch die Wähler nicht abgestraft werden. Sie geben den „Schwarzen Peter“ an die Unternehmer und Manager weiter und indirekt damit natürlich an jene Parteien, die deren Interessen vertreten und in der Vergangenheit auch immer vertreten haben. Und diese tappen auch prompt in die Falle hinein und schließen sich den Forderungen der deutschen Wirtschaftsführer nach Senkung der Arbeitskosten durch Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 und 42 Wochenstunden an.

Wenn sie damit Wahlen gewinnen können, werden aus bekennenden internationalen Sozialisten auf einmal „Patrioten“, die vorgeben, die Rechte und die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Und es wäre nicht das erste Mal, wenn die Wähler auf diesen Trick hereinfließen und das kleinere Übel wählen. Denn politische Alternativen gibt es nicht ...

7 Die Rolle der EU

7.1 Auslagerung (Export) von Betrieben (Produktionsstätten) und Unternehmungen

Die neuen EU-Länder Osteuropas, mit ihren niedrigeren Löhnen, geringeren Steuern und Sozialkosten für Renten, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung, die ja auch geringere Infrastrukturausgaben für Verkehrswege und Bildung z.B. haben, erhoffen von ihrem vollzogenen EU-Beitritt den schnellen Reichtum, nicht nur wegen der immensen Subventionen, die ihnen aus dem EU-Haushalt zufließen. Schließlich konnten sie ja zuschauen, welchen Wohlstandssprung Länder wie Griechenland, Portugal und Irland durch die EU erlebt haben. Sie rechnen jetzt mit kräftigen Aufbauhilfen für ihre Wirtschaft in Form von Industrieansiedlungen durch das europäische und internationale Kapital.

Jetzt, da diese Entwicklung begonnen hat, sehen unsere „weitsichtigen“ Politiker auf einmal, welche Auswirkungen auf uns zukommen. Und nun lamentieren sie allesamt:

SPD-Generalsekretär Uwe Benneter nennt es unanständig, wenn Wirtschaftsvertreter Betriebsverlagerungen ins Ausland propagieren.

Bundestagspräsident Thierse (SPD) bezeichnet die verlagerungswilligen deutschen Unternehmer als „vaterlandslose Gesellen“.

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber fordert einen europäischen Mindeststeuersatz von 25%. Er befindet sich damit in guter Gesellschaft mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber, der ebenfalls eine Mindestbesteuerung fordert.

Finanzminister Eichel kritisiert die Steuerpolitik der osteuropäischen Länder als Steuerdumping (Estland, 0% für einbehaltene Gewinne). Er macht allerdings keine konkreten Vorschläge, das von ihm jetzt ausgemachte Übel anzugehen. Weil er keine hat? Oder weil er und die Regierung dann auch initiativ werden und diese verwirklichen müßten, was schon rein juristisch nicht geht, weil im EU-Ministerrat in Steuerfragen Einstimmigkeit verlangt wird.

Daß der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt (CDU), der Interessenvertreter der Unternehmer und damit des Kapitals, diese Entwicklung positiv sieht, muß einen nicht verwundern. Er sagt, daß die Verlagerung deutscher Unternehmen auch deren Wettbewerbsfähigkeit steigere. Nicht anders haben die Unternehmer und ihre Verbandsfunktionäre damals, zu Beginn der Globalisierung argumentiert. Damals gingen ihnen die Arbeitskräfte aus, die man zuerst in Italien, Griechenland, Spanien und dann auch in der Türkei rekrutieren mußte, um den Gewinnhunger zu stillen. Sie tun alles, um ihre Gewinne zu steigern, auch dann, wenn dies der Volkswirtschaft insgesamt Schaden zufügt und die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird.

7.2 Die EU-Politik und Unternehmungsaufkäufe

Natürlich mußten auch innerhalb der EU Gesetze bzw. Richtlinien zur Regelung von Unternehmungsaufkäufen oder Unternehmungsübernahmen festgelegt werden.

Federführend war hier der niederländische EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein, dem die Liberalisierung des Handels mit Unternehmungen nicht weit genug gehen konnte. Nach 15 Jahren Verhandlungen haben sich im Januar 2004 die europäischen Regierungen auf gemeinsame Richtlinien für die Unternehmensübernahme geeignet, die das Europa-Parlament aber noch verabschieden muß

Das Ergebnis dieser Richtlinien in einer Aussage zusammengefaßt ist: Unternehmensaufkäufe dürfen nicht durch staatliche Beschränkungen behindert werden!

Deutschland hatte schon 1998, auf Drängen Bolkesteins die Mehrfach- und Höchststimmrechte, die eine feindliche Übernahme wesentlich behinderten, freiwillig abgeschafft. Im Jahr 2001 wurde von der rotgrünen Regierung ein Übernahmegesetz verabschiedet, das den liberalen Vorstellungen des Herrn Bolkestein vollständig Rechnung trug und Übernahmen im Kern nicht mehr behindert²².

Ganz offensichtlich war es die Intention der EU-Kommission, in erster Linie den deutschen Unternehmungen die Abwehr von Unternehmungsaufkäufen zu erschweren. Die Offenkundigkeit der bösen Absicht hat sogar die grenzenlos liberale *FAZ* zu der Be-

²² *FAZ* 13.12.2003, Seite 13

merkung veranlasst: „Dagegen ließ Bolkestein so manche in anderen Ländern angewendete Konstruktion, die die Hausmacht von Minderheitseigentümern bewahrt, völlig unangetastet“.²³

Geradezu in sarkastischer Lethargie führt die *FAZ* dazu weiterhin aus:

„Bolkestein als langjähriger Auslandsmanager des Ölkonzerns Shell kennt die verbreiteten Tricks zum Machterhalt an der Konzernspitze aus eigener Anschauung. Auch in den Niederlanden und Skandinavien, Großbritannien und Frankreich sichern beispielsweise besondere Schachtelkonstruktionen (,Pyramiden’) die nationale Vorherrschaft einzelner Eigentümerfamilien mit Minderheitsbesitz. Und die vielfältigen ,Giftpillen’, die in den Vereinigten Staaten zur Abwehr feindlicher Übernahmen gebräuchlich sind, benachteiligen im transatlantischen Wettbewerb der Investoren um profitträchtige Firmenkäufe Länder wie Deutschland ohnehin weiter.“

Dem Betrachter, der diese Entwicklungen bewußt wahrnimmt, wird eines offenkundig:

Es besteht ein Machtkomplott zwischen globalisierendem Großkapital, nationalen Eigensüchteleien und europäischer Verwaltungsbürokratie. Dieses vernichtet systematisch Arbeitsplätze und demontiert ein über Generationen gewachsenes Sozialsystem in Deutschland, dessen spätere Wildwüchse auf das Konto einer Politikergeneration geht, die Sozialkompetenz vortäuschte, um mit Wahlgeschenken an die Macht zu kommen oder sich an der Macht zu halten. **Die gewählten und verantwortlichen deutschen Politiker** behindern diese schlimme Entwicklung nicht. Im Gegenteil, sie **wollten die grenzenlose Liberalisierung und Globalisierung, sie wollten den Euro und die EU, wie sie jetzt ist, und sie leugnen, daß diese für unsere ökonomischen Probleme – und nicht nur für die – ursächlich sind.**

Wer die Ursachen nicht sieht oder nicht wahrhaben will, dem bleibt nur eines: Kurieren an Symptomen mittels Reformen. Und das tut die politische Elite dieser Republik in voller und ausschließlicher Hingabe: Krankenkassenreform, Arbeitsmarktreform, Rentenreform... Die Nutzlosigkeit dieser Reformen ist erschreckend offenkundig. Sie brachten und bringen nicht nur nichts, außer Unruhe und steigenden Verwaltungsaufwand. Sie enthielten auch noch ungewöhnlich gewöhnliche handwerkliche Fehler, so daß sie, kaum eingeleitet, selbst wieder umgehend reformiert werden mußten. „Toll-Collect“ als Sinnbild unternehmerischer Unfähigkeit hat sich auch in den Führungsetagen der deutschen Ministerien etabliert, wo früher noch Sachkompetenz anzutreffen war.

8 Die Auswirkungen der Globalisierung, der Blick in eine dunkle Zukunft

Die totale Liberalisierung eröffnet dem globalen Kapital die Möglichkeit, dort zu produzieren, wo die Produktion gerade am billigsten ist.

In den Ländern mit einer historisch gewachsenen Sozial- und Infrastruktur, wie in Deutschland, wo die Unternehmer seit der Einführung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung an der sozialen Absicherung der Arbeitnehmer beteiligt sind, müssen die Arbeitskosten deshalb zwangsläufig größer sein als in jenen Ländern, in denen es diese soziale Mitverantwortung der Unternehmer nicht gibt. Dazu zählen die meisten Länder

²³ *FAZ*, ebenda

in Osteuropa, in Asien und in Südamerika, ja auch die USA zählen dazu, wie allgemein bekannt ist.

Der Vorstandsvorsitzende der Südzucker AG, Theo Spettmann, veranschaulichte diese Zusammenhänge sehr deutlich in einem Gespräch mit der *FAZ* (24). Er stellte fest, daß die Liberalisierung den Anbau von Zuckerrüben in Europa zunichte machen würde. „Mit unseren Sozial- und Umweltstandards können wir gegen brasilianischen Zucker nicht ankommen, Liberalisierung würde beim Zucker nur fünf Familien in Brasilien, denen die Zuckerrohrplantagen gehören, noch reicher machen, die Tagelöhner auf den Plantagen hätten am wenigsten davon.“

Dieser Aussage ist nichts mehr hinzuzufügen, sie gilt nicht nur für die Zuckerrübenindustrie, sie gilt für alle Länder, Erdteile und Branchen. Die Globalisierung nützt dem globalen Kapital. Einige wenige werden reich und reicher und die Bevölkerung in den für das Globalkapital geöffneten Ländern wird ärmer – unabhängig, ob das Entwicklungsländer und hochindustrialisierte Staaten sind. Wir erleben das jetzt in Deutschland. Wir haben heute meßbar weniger als gestern, und es ist absehbar, daß dies für die Alten noch weniger wird und auch die Prognosen für die ökonomische Zukunft der jungen Generation sind düster.

Die grundlegende Ursache der Fehlentwicklungen ist, daß die regierenden Eliten in den Industrieländern der Ideologie einer grenzenlosen Liberalisierung verfallen sind und tatenlos zuschauen, wenn das globalisierende Kapital alle sozialen Strukturen, ethischen Normen und die kulturelle Vielfalt der Völker und Nationen niederwalzt. Hatten wir in Deutschland nicht einmal eine Soziale Marktwirtschaft, die unter diesem Namen angetreten war, den schrankenlosen Kapitalismus in Grenzen zu weisen? Das hat sich klammheimlich, aber grundlegend geändert! Viele Regierungen, momentan vor allem in Osteuropa, hoffen sogar, daß sie mit Hilfe des globalisierenden Kapitals zu schnellem Wachstum und Reichtum kommen können. Das mag, kurzfristig auf Kosten jener Länder gelingen, aus denen das notwendige Kapital abgezogen wird. Langfristig gesehen stellt sich ein Konzentrationsprozeß ein, bei dem nur wenige immer reicher werden und die sozialen, regionalen und nationalen Gegensätze ein gefährliches Konfliktpotential entstehen lassen.

Angesichts dieser Entwicklung muß man heute fragen, ob Karl Marx mit seiner Konzentrationstheorie nicht doch rechtgehabt hat, als er die weltweite Konzentration des Kapitals in den Händen einer stetig kleiner werdenden Schicht von Kapitalisten und am Ende des Prozesses den Kollaps des Kapitalismus prophezeite. Die Geschichte wird es weisen.

Das Trauerspiel der deutschen Wirtschaftspolitik läßt sich nicht allein mit dem fachlichen Unvermögen der politisch verantwortlichen Personen und dem Parteienklüngel, der sie in Regierungsverantwortung gebracht hat, erklären. Die tiefere Begründung ist in dem politischen Selbstverständnis der machthabenden deutschen Parteieneliten zu finden. Sie haben Verständnis, daß große deutsche Unternehmen für die ausländischen Konkurrenten eine potentielle Gefahr darstellen, weshalb man sie nicht in Schutz nimmt, wenn ihre Größe durch das globale Kapital relativiert wird oder wenn sie als selbständige Unternehmen ganz verschwinden. Dieses Verständnis hat größeres Ge-

²⁴ *FAZ* vom 11.4.2004, Seite 14

wicht als ihr eigentlicher Auftrag, die Sorgen des Volkes wahrzunehmen und sich für seine Rechte und Interessen einzusetzen. Diese kranke Werteskala ist die Zulassungsurkunde aller bundesdeutschen Parteien, der große Befähigungsausweis, der sie berechtigt, Politik in Deutschland zu machen. Und diese Urkunde hat über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr Geltung als je zuvor.

Das ist das Ergebnis einer über Jahrzehnte gepflegten Politik nationaler Selbstverleugung. Sie gerät jetzt an ihre natürlichen Grenzen: De facto mindestens sechs Millionen Arbeitslose und das angewachsene Heer der Sozialhilfeempfänger lassen sich von der stetig sinkenden Quote der noch Beschäftigten nicht mehr ernähren. Hinzu kommt die sinkende Geburtenrate und die nicht endende Immigration in das Versorgungssystem der deutschen Sozialversicherungen, das nicht mehr bezahlt werden kann. Und jetzt auch noch der offenkundige Unwille des zu wenig hofierten globalen Kapitals, das an der Finanzierung der ausufernden wirtschaftspolitischen Mißstände über die deutsche Sozialgesetzgebung beteiligt war. Das hat jetzt ein Ende, denn die Finanz- und Kapitalströme sind in einer globalen Welt in der Lage, sich dieser Belastung zu entziehen und das werden sie auch in Deutschland ohne jegliche Rücksichtnahmen auf nationale Interessen oder soziale Rücksichten in zunehmendem Maß tun. Die deutsche Politik ist zwischen die beiden Mühlsteine einer ausgeferten Sozialpolitik und einer immer grenzenloseren Globalisierung geraten. Als Folge ihrer zutiefst anationalen Leitmaximen hat sie sich jetzt sogar das Globalkapital zum Feind gemacht. Ihr Scheitern in einer globalkapitalistischen Welt wird deshalb schneller voranschreiten als in den anderen Staaten, die der Globalisierungsideologie verfallen sind. Und das ist gut so!

© www.hpatzak.de Erstveröffentlichung 18.10.2004

Wiederveröffentlichung 13.12.07